

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. September 1919, Nr. 374.

Die Einstellung der Strassenbahn. Die bevorstehende Einstellung des Strassenbahnverkehrs bedeutet nicht bloss für das gesamte Verkehrsleben und Geschäftsleben der Stadt Wien eine furchtbare Katastrophe, sondern ist auch in finanzieller Beziehung von verhängnisvoller Wirkung und müsste bei längerer Andauer zu einem förmlichen Zusammenbruch der städtischen Finanzen führen. Jeder Tag, an dem die Strassenbahn nicht verkehrt, bringt einen Entgang an Einnahmen von 750.000 bis 830.000 Kronen, während die Lasten unvermindert fortbestehen. Da die Strassenbahnen auch jetzt noch, trotz der Erhöhung der Tarife, mit Defizit arbeiten und auch noch aus dem Vorjahre einen Fehlbetrag mitzuschlagen haben, so sind keinerlei Reserven vorhanden, welche als Deckung für diesen neuerlichen Abgang dienen können. Sollte die Periode des Stillstandes längere Zeit andauern oder die Betriebsstörungen im Laufe des Winters sich wiederholen und auf die Gas- und Elektrizitätswerke übergrreifen, so wären die finanziellen Folgen nicht abzusehen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. September 1919, Nr. 375.

Die Kohlennot. In der heutigen Stadtratssitzung berichtete Bgm. Reumann über die triste Kohlen-situation. Der seit vielen Wochen vollständig unzulängliche Einlauf an Kohle habe neben der Hausbrandversorgung auch die Betriebe der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke stark beeinträchtigt. Schon Mitte Juli war die Aufrechterhaltung des Betriebes der Elektrizitätswerke in Frage gestellt. In einer Sitzung im Staatsamt für Handel- und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 21. Juli ds. J. wurde die Frage der weitergehenden Verminderung der Stromabgabe beraten. Mit Rücksicht auf die allgemein kritische Lage hat das Staatsamt sich entschlossen, den Betrieb der Elektrizitätswerke durch Zuweisung von Bahnkohle und der für die Industrie bestimmten Kohle aufrecht zu erhalten. Der bevorstehende Friedensschluss und die neuerlichen Verhandlungen mit der tschechoslovakischen Regierung gaben Hoffnung, dass durch diese Aushilfsmassnahmen der volle Betrieb der Elektrizitätswerke solange über Wasser gehalten werden könne, bis eine Besserung der Kohlenversorgung eintritt. Diese Hoffnungen wurden nicht verwirklicht. Die Kohlenlieferungen der tschechoslovakischen Republik an die Elektrizitätswerke bewegten sich andauernd um 25 % der Vertragsmenge. Die Staatsverwaltung musste daher täglich 600 Tonnen jener Kohle dem Elektrizitätswerk zuweisen, die eigentlich für Bahnzwecke und für jene Industrie bestimmt war, die mit dieser Kohle Kompensationswaren erzeugen sollte. Auf die Dauer war dieser Zustand nicht aufrecht zu erhalten. Die letzte Hoffnung, dass die Intervention von Vertretern der Gemeinde eine Besserung der Lage mit sich bringen werde, schlug fehl. Die tschechoslovakische Regierung hat bisher den Vertrag, der mit Oesterreich geschlossen werden soll, nicht ratifiziert. Die Kohlenlieferung hat sich nicht im mindesten erhöht. Die Regierung sah sich daher genötigt, die Einstellung der Zuschüsse an das Elektrizitätswerk zu verfügen, damit ~~war~~ natürlich der Betrieb desselben in dem bisherigen Umfange ausgeschlossen. In einer am Dienstag im Staatsamte stattgefundenen Besprechung an der Bürgermeister Reumann, VB. Emmerling und Vertreter des Magistrates und der Unternehmungen teilnahmen, wurde einstimmig als notwendig erkannt, die Konsequenzen aus den tatsächlichen Verhältnissen zu ziehen und den Betrieb des Elektrizitätswerkes auf den

Mindestumfang zu beschränken. Unter den Sparrmassnahmen gaben nur zwei Anlass zur eingehender Erwägung, die Einstellung des Strassenbahnbetriebes und die Einstellung an Stromabgabe an Industrien und Gewerbe. Die früher versuchte teilweise Einstellung des Strassenbahnbetriebes hatte gezeigt, dass hierdurch die Stromersparnis verhältnismässig gering ist und dass durch die Ueberlastung der Strassenbahnbetriebsmittel an diesen zu schwere Schäden verursacht werden, dass sie später nur unter grossem Zeitaufwande und mit grossen Mitteln behoben werden können. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als den Strassenbahnverkehr vollständig einzustellen. Bei Industrien und Gewerbe entschloss man sich vorläufig von Massnahmen abzusehen. Dagegen wurde die allgemeine 8 Uhr Sperre auch der Haustore verfügt. Wegen Wirkung einer derartigen Massnahme auf das ganze öffentliche Leben und die Sicherheitszustände erschien es unbedingt geboten die Angelegenheit zur Entscheidung dem Staatskanzler vorzulegen. Beim Staatskanzler Dr. Renner hat nun gestern eine Besprechung stattgefunden als deren Ergebnis die schon genannten Sparrmassnahmen anzusehen sind.

Der Bürgermeister betonte weiters, dass wir vor einer Situation stehen, die geradezu fürchterlich genannt werden müsse. Die bevorstehende Einstellung des Strassenbahnverkehrs bedeute nicht bloss für das gesamte Verkehrs- und Geschäftsleben der Stadt eine furchtbare Katastrophe, sondern sei auch in finanzieller Beziehung von verhängnisvoller Wirkung und müsste bei längerer Andauer zu einem förmlichen Zusammenbruch der städtischen Finanzen führen. Jeder Tag, an dem die Strassenbahn nicht verkehre, bringe einen Abgang an Einnahmen von 750.000 bis 830.000 Kronen, während die Lasten unvermindert fortbestehen. Da die Strassenbahnen auch jetzt noch, trotz der Erhöhung der Tarife, mit Defizit arbeiten, so sind keinerlei Reserven vorhanden, welche als Deckung für diesen neuerlichen gewaltigen Abgang dienen können. Sollte die Periode des Stillstandes längere Frist andauern oder die Betriebsstörungen im Laufe des Winter sich wiederholen, so wären die finanziellen Folgen nicht abzusehen.

An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Debatte: StR. Biber erklärte er sei sich der ernsten Lage, in der sich die Stadt befinde, wohl bewusst, dessen ungeachtet ersuche er aber von Massnahmen abzusehen, durch die die technischen Gewerbe getroffen werden könnten. StR. Schorsch meinte, ob es nicht möglich wäre das Zillingdorfer- und Ebenfurther-Kraftwerk in ihrer Leistung höher anzuspannen. Es werde zwar in dieser Richtung von der Direktion ohnehin alles getan, aber vielleicht sei es doch noch möglich, eine grössere Kraftleistung zu erzielen. StR. Vaugoin wies auf die entsetzlichen Folgen hin, die die jetzt zur Durchführung kommenden Massnahmen für Wien haben werden. Tadder habe man auch kein Abschen, wie lange diese Massnahmen aufrecht erhalten werden müssen. StR. Brenner bat zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, dass man wenigstens zum Zentralfriedhofe Wagen fahren lassen könne. StR. Dr. Kienböck meinte, es möge wenigstens einigermaßen der Zeitpunkt fixiert werden, wie lange die Massregeln aufrecht erhalten werden müssen. Bgm. Reumann antwortete, dass eine solche Fixierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sei, nachdem niemand eine Ahnung habe, wann Zuschüsse einlangen werden.

Direktor Karell der städtischen Elektrizitätswerke bezeichnete die Situation für gänzlich unhaltbar. Die Vorräte seien alle aufgebraucht, so dass er tatsächlich nur mehr mit jenen Kohlenquantum rechnen könne, das ihm täglich zugeschoben werde. Nachdem auch die Zuschüsse variabel seien, so höre sich eigentlich überhaupt jede Rechnung auf. Der Direktor gab weitere Aufschlüsse über die Abbauarbeiten in Wendorf und Zillingdorf und erwähnte, dass er schon in den nächsten Tagen dem Stadtrate einen Bericht vorlegen würde über die Errichtung eines zweiten Tagbaues. Binnen Jahresfrist glaube er von Zillingdorf 300.000 Kilowattstunden, aus der Hochquellenleitungsanlage 24.000, ebenso viele Kilowattstunden aus den kleinen Wasserkraften, welche jetzt angeschlossen werden, zu erhalten; dann rechne er mit 50 bis 60 Tau-

send Kilowattstunden aus Lunz und mit circa 30.000 Kilowattstunden aus einer erst zur Ausführung kommenden Anlage im Helmental. Das alles zusammen gebe so viele Kilowattstunden, dass er ungefähr die Hälfte des Bedarfes zu decken im Stande sein werde.

StR. Dr. Kienböck glaubt, dass, wenn eine Einstellung des Strassenbahnverkehrs notwendig ist, dieselbe vollständig durchgeführt werden müsse. Er sei deshalb auch nicht der Ansicht des StR. Brenner, dass man Wagen zum Zentralfriedhof verkehren lassen solle. StR. Iser betonte, dass man in der Gemeinde die Katastrophe, die jetzt eingetreten sei, schon lange vorausgesehen habe. Leider seien aber alle Schritte, die die Gemeinde in dieser Richtung unternommen habe, zweck- und erfolglos geblieben. StR. Körber sagte, dass das Hauptübel in der geringen Förderung liege. Er meinte deshalb, dass es vielleicht zweckentsprechend sei, wenn man einen Appell an die Arbeiterschaft zu vermehrter Arbeitsleistung richten würde.

StR. Sirotek bemerkte, es werde immer gesagt, dass die Verträge, die abgeschlossen worden seien, nicht eingehalten werden würden. Tatsächlich könnten sie nicht eingehalten werden. Die tschechoslovakische Republik sei gegenüber den Arbeitern machtlos. Er habe sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen überzeugt. Er sei im Steinkohlengebiete gewesen und er habe dort die volle Ueberzeugung gewonnen, dass es der tschechoslovakischen Regierung nicht möglich sei, die Verträge einzuhalten. Die Disziplinlosigkeit unter der Arbeiterschaft sei so gross, dass man gar keine Berechnungen aufstellen könne. Er selbst sei Arbeitervertreter, dennoch müsse er aber das sagen, weil es eben die Wahrheit sei. Die Bergarbeiter seien während des Krieges so drangsaliert worden, und man habe sie derart hungern lassen, dass sich jetzt bei ihnen der ganze Groll über diese Behandlung auslöse. Die Verhältnisse in den Kohlengruben seien geradezu schrecklich. Vor dem Kriege sei per Mann eine Förderung von 1 Tonne Kohle berechnet worden. Die ~~Zeichen~~ haben damals bei einer Belegschaft von 14.000 Mann täglich 14.000, ja sogar 16.000 Tonnen gefördert. Jetzt ist die Förderung soweit herabgesunken, dass von einem Bergarbeiter nur 425 kg gefördert werden, also nicht einmal die Hälfte. Es sei daher kein Wunder, dass überall Kohlenmangel herrsche. Wenn jetzt auch noch die Teschener Frage hinzu komme, so werde die Situation noch um vieles erschwert. Eine Besserung der Verhältnisse liegt in der Hand der Bergarbeiter. Auch er sei deshalb der Ueberzeugung, dass man einen Appell an dieselben richten müsse. Er selbst und seine Genossen würden versuchen, bei den Bergarbeitern zu intervenieren, es seien dies zwar sehr radikale Elemente, aber sonst gute Menschen und er glaube deshalb, dass eine solche Intervention von Erfolg gekrönt sein werde. Wenn die Arbeiter Deutschlands ein Einsehen gehabt hätten, und um zwei Stunden mehr gearbeitet haben, so rechne er darauf, dass er auch bei der tschechoslovakischen Arbeiterschaft auf Verständnis und Entgegenkommen rechnen könne.

StR. Josef Müller meinte, aus den Ausführungen des Vorredners habe hervorgeklungen, dass man die Tschechoslovaken für die Verhältnisse verantwortlich mache. Das sei aber tatsächlich nicht der Fall, es sei weder hier noch sonstwo gegen die tschechoslovakische Republik ein Angriff gerichtet worden. Man halte hier nur dafür, dass die tschechoslovakische Regierung nicht wisse, in welchen trostlosen Verhältnissen Oesterreich sich befinde. Das Vorhaben des StR. Sirotek einen Appell an die Arbeiterschaft zu richten, könne er nur begrüssen. Vielleicht würde man, wenn man öfters solche Wege einschlagen würde, zu einer Versöhnung kommen und auf diese Weise das nationale Moment mehr ausgeschaltet und das rein menschliche Empfinden in den Vordergrund gerückt werden.

Herr Reumann betonte nochmals, dass wir allen Anschein nach vor einer entsetzlichen Katastrophe stehen, auf die jedoch vonseiten der Gemeinde rechtzeitig aufmerksam gemacht worden sei. Schon im Sommer seien unzählige Schritte, um dann am ehesten einen Abbau der Kohlenkatastrophe erreicht zu haben, gemacht worden. Leider vergebens. Jetzt stehe man vor Beschlüssen, die von weitestgehender Bedeutung seien, die aber in Hinblick auf unsere Lage leider nicht durchgeführt werden können. Ein weiteres Hinausschieben der Massnahmen sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen undenkbar.

Zum Schlusse betonte er noch, dass man den Strassenbahngestellten die sich aus den Massnahmen ergeben, nicht tragen lassen könne, und dass man sie daher selbstverständlich auch während der Zeit, in der Strassenbahnverkehr eingestellt sei, in vollen Ausmasse entlohnen müsse.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Wiederübernahme des Neufelder Tagbaues. STR. Schmied berichtete in der heutigen Stadtratssitzung über die Wiederübernahme des Neufelder Tagbaues durch Braunkohlengewerkschaft Zillingsdorf. Dieses Bergwerk wurde seinerzeit durch die Räteregierung in Ungarn beschlagnahmt und der Verwaltung durch die Gemeinde Wien vollkommen entzogen. Vom kommunistischen Arbeiter-rate dieses Unternehmens wurde im Vereine mit der Räteregierung der bis dahin als Steiger im Betriebe verwendete Josef Jisa zum Produktionskommissär ernannt. Nachdem die derzeitige ungarische Regierung verfügt hat, dass sämtliche durch die Räteregierung beschlagnahmten Betriebe wieder ihren Eigentümern zu übergeben sind, hat am 18. August im Beisein des Gemeindevorstehers von Leithaußfeld die Uebergabe des Neufelder Tagbaues durch den erwähnten Produktionskommissär und dem Präses des kontrollierenden Arbeiterrates an die Braunkohlengewerkschaft stattgefunden. Aus der Aufnahmeschrift, die über diese Uebergabe aufgenommen wurde, ist ersichtlich, dass sämtliche Einrichtungen im betriebsfähigen Zustande sich befinden, bis auf eine schmalspurige Lokomotive, die einer grösseren Reparatur unterzogen werden muss. Was die finanzielle Gebarung anlangt, hat der Uebergeber behauptet, dass in der Verkehrsbank Oedenburg ein Guthaben von mehr als 1 Million Kronen vorhanden ist und dass alle Rechnungen bis auf eine in der Höhe von 49.000 K bezahlt seien. In den Werkkassen wurden 24.674 K blaues Geld und 191.000 K weisses Geld vorgefunden. Ueber Ersuchen der Arbeitervertretung des Neufelder Tagbaues wurde seitens der Direktion der Gewerkschaft erklärt, dass sämtliche sich am Tage der Uebergabe im Dienste befindlichen Arbeiter übernommen werden, dass jedoch die Uebernahme der während der Räteregierung aufgenommenen Arbeiter/vorbehalten bleibt. Produktionskommissär Jisa hat gebeten, in leitender Stellung beim Tagbau in Neufeld weiter verwendet zu werden. Die Vertreter des inzwischen von der Arbeiterschaft gebildeten Betriebsausschusses, in dem bereits eine nicht-kommunistische Mehrheit vorhanden ist, verlangte aber mit aller Entschiedenheit, dass Jisa entlassen werde und begründete das Verlangen damit, dass Jisa sich während seiner ganzen Betriebsführung durch grosse Geldausgaben bemerkbar gemacht, ganze Nächte beim Hazardspiel verbracht und Trinkgelage veranstaltet hat, welche oft viele Tausende von Kronen gekostet haben. Wenn er auch erklärt, dass er das Geld für diesen Aufwand teils im Spiele gewonnen hat und teils von der ungarischen Räteregierung als Provision für Warenbeschaffung erhalten haben will, so sind die Arbeiter doch der Meinung, dass auch seine Gehaltung mit den Geldern des Werkes keine einwandfreie war.

Tatsächlich wurde festgestellt, dass die Buchführung eine sehr mangelhafte war. Der Zustand der Bücher lässt sogar darauf schliessen, dass dieselben überhaupt erst in den letzten Tagen angelegt worden sind. Entgegen der Versicherung des Produktionskommissärs, dass alle Rechnungen bis auf eine bezahlt seien, sind bisher Rechnungen mit einer Gesamtsumme 145.000 Kronen eingelaufen. Ausserdem wurden noch unbezahlte Rechnungen im Gesamtbetrage von 95.000 Kronen vorgefunden. Auch die Angabe über das Guthaben von einer Million Kronen bei der Verkehrsbank in Oedenburg wurde dahin richtig gestellt, dass es sich um kein Guthaben, sondern um ein Passivsaldo von 41.000 Kronen handle. Ein besonders schlechtes Licht auf den Produktionskommissär wirft auch die Tatsache, dass derselbe aus den Geldern des Werkes 6 Autoreifen angeschafft hat, welche in die Ueberlandzentrale Ebenfurth, in einer Kiste verpackt, unter der falschen Bezeichnung - Kabeß - eingelangt sind. Jisa hat noch am Tage der Uebergabe des Betriebes an die Gewerkschaft einem Aufseher 2000 Kronen versprochen, wenn er diese Kiste mit den „Kabeß“ aus der Ueberlandzentrale Ebenfurth abhole und ihm übergebe. Dieser Plan scheiterte aber scheinbar, denn man fand die Autoreifen im Hause des Aufsehers auf.

Der Bericht wurde vom Stadtrate zur Kenntnis genommen und beschlossen, dem ehemaligen Steiger und nachmaligen Produktionskommissär Josef Jisa wegen seines Verhaltens während seiner Betriebsführung zu kündigen.

Die Koalitionsfreiheit bei den Strassenbahnen. In der gestrigen Stadtratssitzung richteten die Stadträte Haider, Josef Müller und Vaugin an den Bürgermeister eine Anfrage in der Angelegenheit des Plakates, welches die Sozialdemokratische organisierten Strassenbahner auf dem Bahnhofe Rudolfsheim angeschlagen hatten und indem angedroht wurde, dass die im Hande Transport- und Verkehrsarbeiterverband organisierten mit nichtorganisierten keinen Dienst mehr versehen werden.

Bürgermeister Reumann beantwortete in der heutigen Sitzung, dass das Plakat entgegen dem Willen der sozialdemokratischen Organisation von dem Angestellten des Bahnhofes Rudolfsheim angeschlagen wurde und dass er sofort, als ihm von diesem Vorfalle berichtet wurde und noch bevor er die Interpellation in Händen hatte, folgende Anordnungen getroffen habe: 1.) Dass die Plakate sofort entfernt würden, 2.) dass jeder, der mit einem Nichtorganisierten den Dienst zu verrichten sich weigere, genau so behandelt werde, wie wenn er den Dienst überhaupt verweigert hätte.

Da die Angestellten mit Gegenmassnahmen gedroht haben, habe er erklärt, dass er diese seine Verfügung auch auf die Gefahr der Einstellung des Betriebes hin aufrecht erhalten werde. STR. Dr. Kienböck erklärte diese Antwort des Bürgermeisters mit Dank und küsserster Zufriedenheit zur Kenntnis zu nehmen. Eine weitere Debatte über diesen Gegenstand wurde durch den Antrag des STR. Täubler abgeschnitten, der erklärte, dass es nach der Geschäftsordnung zu einer Interpellationsordnung keine Debatte gebe. Auf die Einwendung des VB. Hoss, dass es in der letzten Zeit üblich war auf solche Beantwortungen eine Debatte zu eröffnen, entgegnet STR. Täubler, dass von den Bestimmungen der Geschäftsordnung nur abgegangen werden könne, wenn sämtliche Mitglieder des Stadtrates damit einverstanden sind. Er verlangte daher, dass über seinen Antrag abgestimmt werde. Der Vorsitzende veranlasste hierauf die Abstimmung, wobei der Antrag des STR. Täubler angenommen wurde.

Pensionierung. Obermagistratsrat Karl Hanisch ist nach mehr als 33 jähriger Dienstleistung in den Ruhestand getreten, aus welchem Anlasse ihm für seine verdienstvolle Tätigkeit der Dank und die Anerkennung der Gemeinde ausgesprochen wurde. Obermagistratsrat Hanisch trat 1886 in den städtischen Dienst und war schon als junger Kommissär Bezirksamtsleiter in Fünfhaus, durch 7 Jahre Amtsleiter in Margarethen, sodann sieben Jahre Vorstand der Magistratsabteilung VIII für Wasserversorgung und städtische Bäder und zuletzt wieder Bezirksamtsleiter im 5. Bezirk. Als Abteilungsvorstand hat er namentlich während der Kriegszeit gewirkt und sich um die Erbauung des Kaiser Franz Josef Bades und um das Baden und Schwimmen der Schuljugend grosse Verdienste erworben. Von 1902 bis 1902 war er auch Vizepräsident bzw. Präsident des Vereines der städtischen Beamten und unter ihm wurde die Einführung der Zeitbeförderung, die Gehaltsgleichstellung mit den Staatsbeamten und die Herabsetzung der Dienstzeit von 40 auf 35 Jahren erzielt. Obermagistratsrat Hanisch ist auch in Sängerkreisen sehr bekannt. Er ist lange Jahre Vorstand des Wiener Sängerbundes, Gründer und Ehrenvorsitzender der „Währinger Tafelrunde“ und seit kurzem Vorsitzender der freien Vereinigung der Wiener Männergesangsvereine Wiener Sängerbund, Arion und Liedner Männerchor. Er ist auch Ehrenmitglied des Eggenburger M.G.V.

Die Behebung von Beleuchtungsstörungen. In der heutigen Stadtratssitzung brachte STR. Rummelhardt folgende Anfrage ein: Im St. Annenkinderspital im 9. Bezirk musste am 16. ds. um 6 Uhr 50 abends eine Operation an einer Krankenschwester vorgenommen werden. Der operierende Arzt, es handelte sich um eine Gallensteinoperation, hatte den ersten Schnitt getan, als infolge Kurzschluss die elektrische Beleuchtung versagte. Zur Behebung der Störung wurde sofort um einen Monteur in die städtischen Elektrizitätswerke geschickt. Ein Monteur kam aber erst nach einer Stunde und entschuldigte sein Spätkommen mit dem Mangel an genügender Zahl von Monteuren. Es wird daher gefragt, was der Bürgermeister vorzukehren gedenkt, damit in Zukunft eine genügende Anzahl von Monteuren zur sofortigen Behebung von Beleuchtungsstörungen vorhanden ist.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. September 1919,

in
Bestellung von Einspruchssenaten/sämtlichen einundzwanzig Bezirken.

StR. Dr. Winter berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über Bestellung von Einspruchssenaten/sämtlichen 21 Bezirken Wiens. Die ~~mit~~ Anforderungsentscheidungen bezüglich Wohnungen werden ~~bisher~~ ^{mit} vom Wohnungsamt der Stadt Wien gefällt, ~~das~~ ^{sein} Sitz beim magistratischen Bezirksamt für den 8. Bezirk hat. Mit Rücksicht auf die erhöhte Anforderungstätigkeit des Wohnungsamtes musste bald an die Errichtung weiterer Senate geschritten werden, um zu ermöglichen, dass die Wohnungsanforderungen rasch durchgeführt werden und die Einsprüche gegen die Anforderungsbescheide im allgemeinen Interesse so rasch als möglich zur Entscheidung gelangen. Der Bestand eines einzigen Mietamtes für den Geltungsbereich des gesamten Wiener Gemeindegebietes hatte den Vorteil, dass eine einheitliche Spruchpraxis gewährleistet war und eine Zersplitterung in den Entscheidungen vermieden wurde. Seit Juli 1918 ist aber die Wohnungsanforderungstätigkeit dezentralisiert worden und es wurden damals in jedem Wiener Gemeindebezirk Wohnungskommissäre bestellt, welche für ihren Bezirk die Anforderungen vornehmen. Um die Einheitlichkeit der Spruchpraxis beizubehalten und, da sich das Mietamt der Stadt Wien sehr bewährt hat, wurde bisher an dem bestehenden einen Mietamt festgehalten und nur die Zahl der Senate auf 5 vermehrt, welche täglich Vor- und nachmittags Verhandlungen abhalten. Es hat sich aber gezeigt, dass trotz dieser ausserordentlichen Tätigkeit der Senate diese Aufgabe nicht bewältigt werden kann, weil infolge der gesteigerten Tätigkeit der Wohnungskommissäre täglich rund 40 Einsprüche aus allen Wiener Bezirken einlaufen, die nicht zeitgerecht erledigt werden können. Aus diesem Grunde muss nunmehr an die Dezentralisierung des Einspruchsverfahrens geschritten werden. Die Befürchtung, dass eine Zersplitterung der bisher einheitlichen Rechtsprechung eintreten könnte, ist heute so ziemlich geschwunden, weil sich bereits gewisse Grundsätze festgelegt haben, welche sowohl den Wohnungskommissären, als auch den Mietamtsvorsitzenden in den Bezirken bekannt sind.

Der Referent stellt daher den Antrag; 1.) In Abänderung des Stadtratsbeschlusses vom 28. November ¹⁹¹⁸ wird mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Dezentralisierung des Anforderungsverfahrens und Bestellung von 21 Wohnungskommissären nunmehr die Fällung der Entscheidung über die gegen die Anforderungsbescheide der Wohnungskommissäre erhobenen Einsprüche, den in den Bezirken bestehenden Mietämtern übertragen. 2.) Das Mietamt der Stadt Wien hat sich nun-

mehr auf jene Ansprüche zu beschränken, welche gegen die von Wohnungsamt der Stadt Wien erlassenen Entscheidungen eingebracht werden. 3.) Dem Mietamt 8 sind auch die Einsprüche zuzuweisen, die sich auf Doppelwohnungen in Nachbargemeinden beziehen.

StR. Dr. Kienböck bemerkte, dass das Wohnungsamt der Gemeinde Wien, wie man in den Zeitungen gelesen habe, eine Generalaufnahme sämtlicher Wohnungen im Gemeindegebiete plane. Er stehe dieser Absicht sympathisch gegenüber und es scheine ihm ganz richtig zu sein, dass eine Wohnungsaufnahme stattfinde, weil man nur auf diese Weise ein klares Bild von den leerstehenden, nicht benützten Wohnungen etc. bekommen könne. Er sei dafür, dass in dieser Beziehung eine systematische Aktion Platz greife. Selbstredend müsse dieselbe aber auf gesetzlichen Wege durchgeführt werden. Es müsse Gewicht darauf gelegt werden, dass die Wohnungen nur von amtlichen Organen aufgenommen werden. StR. Kürber sprach ebenfalls für die Durchführung dieser Aktion und betonte insbesondere, dass man gewisse Hotels, die jetzt zu Kanzleizwecken etc. verwendet werden, in dieselben ein ^{beziehen möge.} StR. Dr. Scheu hob hervor, dass wegen der Evakuierung von Privathäusern und Aemtern, die bisher von Behörden oder Militär in Anspruch genommen werden, bereits Schritte eingeleitet worden seien. Dieselben oheinen, auch schon eine Wirkung ausgeübt zu haben, nachdem solche bisher für Kanzleien verwendete Wohnungen bereits freigegeben wurden. Natürlich sei es notwendig, dass man über das, was freiwillig hergegeben werde, hinausgehe und dem Wohnungsamt ^{hierzu} die notwendigen Machtmittel an die Hand gebe, weil sonst kein entsprechender Erfolg erzielt werden könne. Weiters teilte er mit, dass die Anforderung der Stundenhôtels schon im Zuge sei. StR. Vaugoin erklärte sich damit einverstanden, dass eine Wohnungskommission geschaffen werde, ^{die} ^{die Kommission} müsse im Stadtrate beschlossen werden. ^{die} dürfe keine einseitige Zusammensetzung aufweisen. Entweder sei es eine amtliche Kommission oder wenn Räte beigezogen werden würden, dann müssten eben alle Räte beigezogen werden. Bezüglich der Stundenhôtels ist er der Anschauung, dass in denselben hauptsächlich Heimkehrer untergebracht werden sollen. StR. Schmid sagte, dass noch immer die Gerüchte von der Demolierung der Rossauerkaserne herumgehen. Er erklärte sich als entschiedener Gegner dieses Demolierungsprojektes, da man die Kaserne, wenn schon nicht zu Wohnzwecken, so zur Unterbringung von Aemtern verwenden könne. Auch das Freihaus könnte, wie dies StR. Breuer bereits beantragt habe, für Wohnzwecke neuerlich instand gesetzt werden.

VB. Hoss machte darauf aufmerksam, dass man nicht nur die Wohnungen, sondern auch die Geschäftslokale revidieren müsse, weil zweifellos viele Geschäftslokale, die in der letzten Zeit

wie Pilze aus der Erde geschossen seien, keine Notwendigkeit sind. StR. Dr. Grün befr. ~~antwortete~~ ^{antwortete} nochmals seinen bereits seinerzeit gestellten Antrag, dass auch eine Revision jener Geschäftslokale Platz greife, die bei Tag geschlossen und nur bei Nacht für Zwecke des Schleichhandels geöffnet seien.

Der Vorsitzende VB. Immerling glaubt, dass es am zweckdienlichsten sei, wenn der ^{Stadtrate} ^{einigen} ^{elagierenden} ^{Bericht} ^{vorlegen} ^{würde.} ^{Er} ^{würde} ^{des-} ^{halb} ⁱⁿ ^{diesem} ^{Sinne} ^{beim} ^{Bürgermeister} ^{interferieren.} Die Referentenentwürfe wurden angenommen.